

# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr werden früher auch als „Zwischen den Jahren“ bezeichnet. Sie waren eine Zeit der Rückbesinnung und der Vorschau. Mit der Wahl des doppelköpfigen- oder besser doppelgesichtigen Gottes Janus zum Namensgeber des ersten Monats des Jahres sind die alten Römer noch ganz schön modern.

Das (fast) vergangene Jahr hat uns einen überraschend schnellen Aufschwung gebracht. Vorsicht: er ist größtenteils dem Export zu danken. Nicht unerwartet kamen die „Segnungen“, die Schwarz-Gelb uns beschert hat, ebenso wenig wie die Gefahren, die durch die drohende Zahlungsunfähigkeit einiger EURO-Mitgliedsländer entstanden sind. Die Gefahren drohen weiter. Ob der Rettungsschirm ausreicht werden wir sehen.

Erwartet/erhofft haben wir (SPD) eine schnellere Regeneration unserer Partei nach dem Wahldesaster von 2009. Leider zeigen die Meinungsumfragen noch keine entsprechenden „Ausschläge“ nach oben.

Das Jahr 2011 wird wie immer nur dann ein erfolgreiches Jahr werden, wenn die solidarischen An-

strengungen aller Menschen sich auf Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit konzentrieren.

**Es grüßt Sie mit den  
besten Wünschen**

**für ein**

**erfolgreiches  
und glückliches**

**Jahr 2011**

**die Redaktion des  
Roten Seehas**

**Karl-Heinz König,  
Willi Bernhard**

## Inhaltsverzeichnis

Seite	
	- Verschärfung des ungarischen Medien-Rechts ein massiver Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit 2
	- <u>EU: Für mehr Sicherheit im Kinderzimmer</u> 2 - 3
	- "Europa braucht echten Wachstums-pakt" 3
	- "Unterstützung aus Europa bei der Suche nach neuen Jobs" 3 - 4
	- WikiLeaks - die schöne neue Cyber-Welt der Pressefreiheit? 4 - 5
	- <u>Integration: Ist unsere Gesellschaft insgesamt ein bisschen rechtsextremistischer oder rassistischer, als wir wahrhaben oder uns eingestehen wollen?</u> 5 - 7
	- <u>SPD-Bodenseekreis – Norbert Zeller: Werkrealschule Salem – „Starke Schule“- „Jedem Schüler eine Chance“</u> 7- 9
	- <u>SPD-OV Überlingen: Jahresrückblick 2010 und Vorschau auf 2011</u> 9
	- <u>Termine im Bodenseekreis</u> 9 -10
	- <u>SBI: - SPÖ Vorarlberg: Endlich – Hürden für direkte Demokratie werden gesenkt</u> 11
	- <u>Echte Männer gehen in Karenz</u> 11 -12
	- <u>Konkrete Vorschläge zur Verwaltungsreform</u> 12
	- <u>Unqualifizierte Äußerungen von Bischof Fischer</u> 12-13
	- <u>SPD Kreis BC und Martin Gerster: „Franz fängt an“</u> 13
	- <u>BayernSPD - SPD Kreisverband Lindau: Beunruhigendes Schweigen des Ministers zum weiteren Ausbau der A8 bis Ulm</u> 13-14
	- <u>KV Ulm und Hilde Mattheis: Zum Wiedereinstieg des Landes Baden-Württemberg beim Energieversorger EnBW – erklärt die DL 21 – Landes-gruppe Baden-Württemberg</u> 14
	- <u>Ulmer Tafelladen besucht</u> 14-15
	- <u>Hilde Mattheis zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Studien-gebühren in Baden-Württemberg</u> 15
	- <u>Böse Weihnachtspost der Bundes-regierung für bedürftige Familien</u> 15-16
	- <u>Leserpost – Hinweis</u> 16
	- <u>Weihnachtsaktion Jusos</u> 17
	- <u>Einladung Sportfachgespräch</u> 18
	- <u>Dreikönigstreffen Langenargen 2011</u> 19-21
	- <u>Einladung: Wie sieht die Schule der Zukunft aus?</u> 22
	- <u>Impressum</u> 23

## Maas:

### Verschärfung des ungarischen Medienrechts ein massiver Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit

*Zur Verschärfung des Medienrechts in Ungarn erklärt der Landesvorsitzende der Saar-SPD und Leiter der Zukunftswerkstatt „Demokratie und Freiheit“ beim SPD-Parteivorstand, Heiko Maas:*

Die Verschärfung des Medienrechts in Ungarn ist ein massiver Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit. Das kann und darf von der EU nicht kritiklos hingenommen werden. Ungarn verstößt damit nicht nur gegen EU-Recht, sondern auch gegen jegliche demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze. Wer Mitglied in der EU sein will, darf weder öffentlich-rechtliche noch private Rundfunkanbieter oder gar das Internet einer staatlichen Zensurbehörde unterwerfen.

Die EU muss umgehend eine entsprechende Untersuchung einleiten und darf auch Sanktionsmaßnahmen nicht ausschließen. Die rechtsnationale Regierung Ungarns muss ihr Gesetz umgehend zurückziehen. Wer kritische Medien mundtot machen will, handelt nicht demokratisch.

Berlin, 22. Dezember 2010 SPD-Presseservice



**Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**

### Für mehr Sicherheit im Kinderzimmer

#### Sozialdemokraten:

#### **Strengere Grenzwerte von CMR-Stoffe in der Spielzeugrichtlinie**

Die Sicherheit und Schadstofffreiheit von Spielzeug steht gerade vor Weihnachten im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. SPD-Binnenmarktexpertin Evelyne Gebhardt hat aus diesem Grund im Rahmen einer mündlichen Anfrage am Dienstagabend in Straßburg die Europäische Kommission aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und schnellstens die Grenzwerte für CMR-Stoffe (krebserregende, erbgut- oder Fortpflanzungs-schädigende Stoffe) herabzusetzen. „Bei der

Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder darf es keine Kompromisse geben. Bereits bei der letzten Revision der Richtlinie haben wir Sozialdemokraten darauf gedrängt, sowohl eine bessere Marktüberwachung als auch eine Sicherheitsüberprüfung von Spielzeug durch unabhängige Institute (Dritt-zertifizierung) einzuführen. Leider fällt uns jetzt auf die Füße, was die konservativ-liberale Mehrheit damals verhindert hat“, so die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

Hinsichtlich der Grenzwerte von CMR-Stoffe hat die Europäische Kommission zugesichert, dass jene nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen durch ein Komitologieverfahren strenger festgelegt werden. Zusätzlich verweist sie auf die Verantwortung der europäischen Mitgliedstaaten.

Das in der Spielzeugrichtlinie festgelegte Vorsorgeprinzip erlaubt es schnell zu handeln, wenn ein ernstzunehmender Verdacht auf eine Gesundheitsgefährdung auftaucht. „Die europäischen Mitgliedsstaaten müssen aber auch von diesem Recht Gebrauch machen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um unsere Kinder sofort vor gefährlichen Produkten zu schützen“, forderte Evelyne Gebhardt. „Eine strenge Gesetzgebung ist nur dann effizient, wenn sie von den Mitgliedstaaten auch zusammenhängend angewendet wird. Europa stellt hierfür die Weichen – die Mitgliedstaaten müssen aber handeln“, so die SPD-Abgeordnete abschließend.

#### **Hintergrund:**

In der Spielzeugrichtlinie werden gefährliche Stoffe sowie mengenmäßige Grenzwerte festgeschrieben, um Kinder vor giftigen Chemikalien, krebserzeugenden, erbgut- oder Fortpflanzungsschädigenden Stoffen zu schützen. Jüngste wissenschaftliche Erkenntnisse legen nahe, strengere Grenzwerte als die in der Richtlinie vorgeschriebenen festzulegen und bestimmte Substanzen – allen voran spezielle Weichmacher in Kunststoffen (kurz „PAK“ genannt) generell zu verbieten. Außerdem bestehen Zweifel an der Wirksamkeit der bestehenden Mechanismen zur Marktüberwachung, wenn man die jüngsten Berichte der so genannten RAPEX-Liste betrachtet. RAPEX ist ein Frühwarnsystem der EU, das über Produkte mit Gesundheitsgefährdenden Stoffen informiert.

**Straßburg, 15.12.2010** Für weitere Informationen:  
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

#### **Peter Simon:**

## **"Europa braucht echten Wachstumspakt"**

**Euro-Bonds und Transaktionssteuer bieten neuen finanziellen Spielraum**

"Europa fehlt der große Wurf. Mit immer neuen Vereinbarungen der Mitgliedstaaten auf Basis des

kleinsten gemeinsamen Nenners lässt sich die Krise nicht überwinden. Was wir brauchen ist ein echter Wachstumspakt, der seinem Namen auch gerecht wird", erklärt der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** mit Blick auf den am Donnerstag beginnenden EU-Gipfel.

Um den nötigen finanziellen Spielraum für neues Wachstum in Europa zu schaffen, legt **Peter SIMON** den Staats- und Regierungschefs eine Paketlösung nahe: "Die Einführung von Euro-Bonds muss mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer kombiniert werden. Damit ließen sich viele offene Probleme auf einmal lösen. Die Zinsen für Staatsanleihen der von der Krise betroffenen Länder würden sinken, die Geschäfte der Spekulanten durch die Steuer auf ihre Finanztransaktionen verteuert und die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte gestärkt." Euro-Bonds als gemeinsame Anleihe europäischer Staaten mit einem durchschnittlichen Zinssatz sollen es ermöglichen, dass sich auch risikoreichere Staaten zu besseren Konditionen refinanzieren können und damit ihren Staatshaushalt nicht noch zusätzlich belasten müssen.

Der gegenwärtige Stabilitätspakt hat nach Ansicht des sozialdemokratischen Europaabgeordneten **Peter SIMON** einen entscheidenden Denkfehler. Die dem Pakt zu Grunde liegenden Indikatoren wie Haushaltsdefizit und Gesamtverschuldung sind nicht hinreichend aussagekräftig. So hat Irland zwischen 1999 und 2007 weder die drei Prozent-Grenze beim Haushaltsdefizit noch die 60 Prozent-Grenze bei der Staatsverschuldung verletzt. Die fahrlässige Deregulierung des Finanzsektors und die unzureichende Steuerbasis, die das Land am Ende in die Knie zwangen, wurden hingegen nicht erfasst.

"Spardiktate auf Grundlage des bestehenden Stabilitätspakts führen deshalb nur weiter in die Sackgasse. Um dort heraus zu kommen muss es in Zukunft viel stärker darum gehen, Staatsfinanzen anhand der Qualität von Einnahmen und Ausgaben zu bewerten", fordert **SIMON**. Gleichzeitig spricht sich der Sozialdemokrat dafür aus, im Rahmen der europäischen Wachstumsstrategie EU2020 entscheidende Strukturreformen anzugehen, die insbesondere Jobs, Bildung und Innovationen fördern.

**Straßburg, 15.12.2010** Büro Peter Simon, MdEP

#### **Peter SIMON:**

## **"Unterstützung aus Europa bei der Suche nach neuen Jobs"**

**1181 ehemalige Mitarbeiter der Heidelberger Druckmaschinen AG erhalten 8,3 Millionen Euro aus Europäischen Globalisierungsfonds**

Im Rahmen seiner heutigen Sitzung hat das Europäische Parlament beschlossen, dass 1181 ehemalige Mitarbeiter der Heidelberger Druckmaschinen AG, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden, mit rund 8,3 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) bei ihrer Suche nach einer neuen Stelle unterstützt werden. "Auch wenn diese durch Europa geförderten Wiedereingliederungsmaßnahmen für die ehemaligen Beschäftigten der Heidelberger Druckmaschinen aufgrund des Arbeitsplatzverlustes nur ein schwacher Trost scheinen, hoffe ich, dass dadurch möglichst viele von ihnen so schnell wie möglich wieder in Lohn und Brot kommen" so der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**.

Das EGF-Maßnahmenpaket zur Unterstützung der ehemaligen Beschäftigten umfasst u. a. Beihilfen für die Arbeitssuche, Qualifizierungsschulungen sowie Beratung und Betreuung, vertiefte Existenzgründungsberatung und Mobilitätshilfen. "Dank der europäischen Förderung erhalten die Arbeitssuchenden jetzt ein noch umfassenderes und intensiveres Qualifizierungs- und Beratungsangebot, so dass sie noch bessere Wiederbeschäftigungschancen haben werden", betont **Peter SIMON**.

#### **Hintergrundinfo:**

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) wurde Ende 2006 vom Europäischen Parlament und vom Rat eingerichtet und soll Arbeitskräfte unterstützen, die aufgrund der Folgen der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verlieren. Seit Juni 2009 umfasst der Anwendungsbereich des EGF auch die Unterstützung von Arbeitnehmern, die als unmittelbare Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen worden sind. Der EGF kann bis zu einer jährlichen Obergrenze von 500 Millionen Euro in Anspruch genommen werden. In 2010 wurden europaweit Mittel in Höhe von rund 74 Millionen Euro bewilligt. Deutschland hatte am 27. Mai 2010 im Zusammenhang mit den Entlassungen bei dem Unternehmen Heidelberger Druckmaschinen einen Antrag auf Inanspruchnahme des EGF gestellt.

**Straßburg, 14.12.2010 Büro Peter Simon, MdEP**

## **WikiLeaks - die schöne neue Cyber-Welt der Pressefreiheit?**

Seit einigen Wochen sorgt die Internetplattform WikiLeaks mit der Veröffentlichung hunderttausender vertraulicher Diplomatendepeschen für Aufsehen. Seitdem steht WikiLeaks stark unter Druck: Visa, MasterCard und der Bezahlendienst Paypal weigern sich, Spendenzahlungen für Wiki-Leaks abzuwickeln. Ein US-Provider sperrte die zentrale Internetadresse der Plattform, immer wieder ist die Website wegen Hackerangriffen nicht erreichbar. Wiki Leaks-Gründer Julian Assange ist wegen des Verdachts der Vergewaltigung angeklagt, doch viele

Beobachter vermuten dahinter einen Schauprozess. Eine heiße Debatte um Vertrauen, Diplomatie aber auch über die Grenzen der Pressefreiheit und den Rechtsraum Internet ist entbrannt.

Das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit ist ein elementares Grundrecht demokratischer Gesellschaften. Ebenso ist auch das Grundrecht eines jeden Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit fundamentaler Bestandteil unseres Grundgesetzes. Vertrauliche diplomatische Beziehungen tragen grundsätzlich mit ihrem Anspruch zur Friedenssicherung eben zu diesem Schutz der Bürgerinnen und Bürger entscheidend bei. Freiheit auf der einen Seite und der Schutz von Menschenleben auf der anderen Seite dürfen dabei nicht gegeneinander aufgewogen werden. Die WikiLeaks-Veröffentlichungen haben die Welt jedenfalls nicht sicherer gemacht, und wir müssen uns fragen, was für eine Gesellschaft wir wollen – eine, in der nichts privat und vertraulich bleibt?

WikiLeaks mundtot zu machen, ist sicherlich der falsche Weg. Aber Freiheit bedeutet auch Verantwortung. Und die müssen sich alle Beteiligten teilen: hochsensible Daten müssen wirkungsvoll gegen unzulässige Zugriffe geschützt werden; die Whistleblower (Zuträger geheimer Informationen) tragen ebenso wie WikiLeaks und deren Nutzer Verantwortung für die Veröffentlichung von Dokumenten. Auch wenn einige Kommentare aus den Depeschen als Beleidigungen empfunden werden - es muss für Diplomaten möglich sein, im Rahmen ihrer Arbeit gewisse vertrauliche Einschätzungen geben zu können, ohne dass sie fürchten müssen, im Nachhinein vor der Weltöffentlichkeit bloßgestellt zu werden. Es wäre fatal, wenn sich Diplomaten als Konsequenz in Zukunft einer Selbstzensur unterziehen und somit die Gesprächsdiplomatie als friedliches und bewährtes Mittel der zwischenstaatlichen Beziehungen gefährdet wäre. Denn ohne Vertraulichkeit kein offenes Gespräch, weniger Information und vielleicht mehr falsche Entscheidungen.

Dennoch gilt: Auch wenn den Regierungen manche Wahrheit unangenehm ist, darf dies nicht dazu führen, den Rechtsstaat zu gefährden. Schließlich haben die WikiLeaks-Protokolle im Fall des Irakkrieges auch Verbrechen ans Licht gebracht, die ansonsten unentdeckt geblieben wären. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage werden WikiLeaks derzeit Zahlungen vorenthalten und Zugänge gesperrt? Die Rechte, die in unserer realen Gesellschaft gelten, dürfen ihre Gültigkeit auch in der virtuellen Welt und im Umgang mit ihr nicht verlieren. Dies müssen alle beachten: Regierungen, Internet-Betreiber, Zulieferer und Nutzer.

Die Verteidigung der Pressefreiheit für die WikiLeaks-Betreiber bedeutet dennoch nicht, dass die Veröffentlichungen legitim sind. WikiLeaks hat den

Unterschied von Interesse der Öffentlichkeit und öffentlichem Interesse nicht verstanden. Es wäre uns allen zu wünschen, dass sich die Anhänger von WikiLeaks noch einmal bewusst machen, welche Gefahren und Risiken mit der weltweiten Verbreitung von Geheiminformationen verbunden sind. Es bleibt dabei: Auch im Zeitalter 2.0 braucht Politik Räume der Vertraulichkeit.

von Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP  
in Newsletter Dr. Paul Wengert, MdL BY, 19/2010

## Integration

Wir von der SPD fühlen uns ja ganz gerne als Vorreiter in Sachen Integration. In den letzten Jahren war unsere Partei aber recht verhalten tätig – hauptsächlich verbal. Beim Griechen Essen gehen, ist es doch wohl nicht allein!

Warum wir überhaupt „Ausländer“ bei uns haben wollen sollen, ist vielen ziemlich schleierhaft. Verbleiben wir einmal so: wir haben Ausländer geholt, Flüchtlinge und Asylanten reingelassen (wozu wir übrigens verpflichtet sind). Sie sind in der Regel noch da. Viele sind inzwischen deutsche Staatsbürger (bei doppelter Staatsbürgerschaft wären es noch mehr) und gut integriert.

Dann kommt ein Herr Sarrazin, stellt Schwierigkeiten bei der Integration von Ausländern fest – und zieht entsprechende Schlüsse. So entsprechend, dass eine Debatte losgetreten wurde, die wieder zum Anfang zurückweist.

**Wir haben eine große Zahl von Menschen verschiedenster Herkunft, die sich hervorragend bei uns eingelebt haben. Nur: sie sehen etwas anders aus, sie sprechen mit Akzent, sie haben eine andere Religion. Sie haben andere Essgewohnheiten – was uns im türkischen Restaurant ganz gut gefällt.**

**Trotz ihrer deutschen Staatsbürgerschaft gelten sie als „Ausländer“. Wie lange noch?**

**Ludwig Dorner, Chefredakteur vom s` Rote Fuchse aus Griesingen bei Ehingen/Donau hat zu diesem Thema einen Artikel geschrieben und dem Roten Seehas zum Abdruck überlassen.**

K-H-K

Wer mit mir ein Gespräch so beginnt "Ich hab ja nichts gegen Ausländer, aber ...", der hat sich für mich bereits überdeutlich als genau das geoutet, was er vorgibt, nicht zu sein.

**Ist unsere Gesellschaft insgesamt ein bisschen rechtsextremistischer oder rassistischer,**

## als wir wahrhaben oder uns eingestehen wollen?

Wenn man die letzte Zeit Fernsehtalkshows wie zum Beispiel Anne Will, Sandra Maischberger usw. verfolgte, konnte einem angst und bange werden. Da saßen immer wieder Leute, in der Regel Deutsche, bestens gebildet und ausgebildet, mit abgeschlossenem Studium, beruflich erfolgreich - und sie dachten häufig daran, Deutschland bald zu verlassen. Es ging ihnen nicht um bessere Bezahlung im Ausland, es ging ihnen um ein ewiges "Wir-wollen-euch-hier-nicht-haben-Gefühl", das ihnen von der Mehrheitsgesellschaft kalt entgegenstarre. Die Eltern oder Großeltern dieser Leute waren einst als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen.

Einmal habe ich auch einen erfolgreichen Kabarettisten in so einer Sendung erlebt. Auch er ist Deutscher, mit türkischen Wurzeln. Kabarett hin oder her, das Lachen verging mir gründlich, als er erzählte, was er nach seinen Auftritten für rassistische, beleidigende, volksverhetzerische Mails erhielt - von "Alt"- Deutschen und (übrigens auch) von Türken, wo es auch solche und solche gibt ...

Merkel posaunt hinaus, "Multikulti" sei gescheitert. Hat die Gute aus dem Osten noch nie Spaghetti gegessen oder Sirtaki getanzt? (Bekanntlich ist Ausländerfeindlichkeit dort am größten, wo es kaum "Ausländer" gibt.)

Als Bundespräsident Wulff sagte, der Islam sei auch Teil unserer Gesellschaft, bezog er Schelte, nicht zuletzt aus den eigenen Reihen.

Da kommt einer aus Russland oder Kasachstan, ist Deutscher, und wir nennen ihn Russe. In seiner alten Heimat wurde er als "deutsches Nazischwein" oder als "deutscher Faschist" beschimpft. OK, es gibt Zuwanderer aus Russland, die sich sehr schwer tun, hier Fuß zu fassen. Sie reden untereinander nur Russisch, sie hören russische Popmusik, sie gehen in "Russendiscos", sie pflegen Freund- und Liebschaften nur untereinander, ihre Satellitenschüsseln sind nach der alten Heimat gerichtet - da, zugegeben, muss sich auch auf dieser Seite noch mächtig viel ändern. Aber nicht alle sind so!

Da ist auch ein anderer längst Deutscher, aber wir nennen ihn mit größter Selbstverständlichkeit "Türke" oder einfach "Ausländer". Auch darunter gibt es Leute, die sich ans Hiersein noch nicht gewöhnt haben. Aber wie leicht machen wir es ihnen? Trotzdem gibt es auch viele andere, die längst dazugehören wollen.

Dieser Beitrag handelt davon, dass sich unsere Mehrheitsgesellschaft arg schwer damit tut, Aufnahme Freude auszustrahlen. In hundert Jahren noch?

---

## “Hosch viel Ouslender en dr Klass'?”

---

Oft und oft wurde ich das im Laufe meines Berufslebens gefragt. Und immer stand dahinter so etwas wie: "Dann hast du wohl einen besonders schweren Job mit lauter dummem/faulem/arbeitsscheuem/... Junggesindel, das zu allem hin auch nicht recht Deutsch kann." Ich antwortete dann erst mit einer Gegenfrage: "Was sind bei dir Ausländer?" Denn viele Migranten sind ja längst Deutsche. Und selbst wenn sie es nicht sind, so leben ihre Familien oft seit Jahrzehnten hier. Wo soll da ein spezifisches Problem sein? Nein, natürlich hatten wir schon mehr als einmal junge Türken, Griechen, Kroaten, Portugiesen usw. als unsere Klassen- oder Schulbesten zu verzeichnen. Klar, es waren ab und zu auch Faulenzer und Tunichtgute darunter, aber hat das mit einer Staatsangehörigkeit zu tun? Die gibt es doch immer und überall auch, nebst den vielen "Guten" und Willigen.

Dörfliche Kindergärten sind oft in kirchlicher Trägerschaft. Im Falle einer Umlandgemeinde von Ehingen trägt gleichwohl die politische Gemeinde etwa 80 Prozent der Kosten! Wer nicht speziell katholisch ist oder keine katholisch geprägte Erziehungsarbeit im Kindergarten wünscht, findet also nichts Passendes, Das ist natürlich noch nicht gerade fremdenfeindlich, aber **ein Willkommenszeichen ist es auch nicht! Warum sind Kindergärten nicht auch offiziell das, was sie finanziell gesehen sowieso sind: konfessionsneutral und kommunal - zumindest dann, wenn es am Ort keine Alternativen gibt?**

An unseren baden-württembergischen Schulen gibt es verfassungsrechtlich verankerten evangelischen und katholischen Religionsunterricht. Wer nicht daran teilnimmt, hat ein Problem: Im besten Falle wird für diese Kinder ein Stützunterricht eingerichtet. Das ist ja noch sinnvoll und kein Schaden, wenn die Schule dafür Kapazitäten frei hat. Dennoch schwingt auch da der Unterton mit: **Wer nicht katholisch oder evangelisch ist, braucht Nachhilfe.** Sarrazin lässt freundlichst grüßen!

Im weniger guten Fall schwirren die Kids eine Stunde lang irgendwo und irgendwie durchs Schulhaus, oder es wird ihnen ein Raum zugewiesen, wo sie sich zwar "beaufsichtigt fühlen" müssen (Gesetzeswortlaut), aber halt doch sich weitgehend selbst überlassen bleiben.

Zumindest an Haupt- bzw. Werkrealschulen gibt es erst ab Klasse 8 Ethikunterricht, verpflichtend für

alle, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen. Im Ethikunterricht sind dann versammelt: Evangelische und katholische Christen, die - warum auch immer - nicht am Religionsunterricht teilnehmen, sonstige Christen (z. B. griechisch-, russisch-, serbischorthodox, Zeugen Jehovas, Neuapostolische), Muslime (Sunniten, Schiiten usw.) und natürlich auch welche, die gar keiner Glaubensgemeinschaft angehören oder keinen Glauben praktizieren. Eine bunte Mischung, und doch ganz normale Jugendliche, die es zumeist ausgesprochen genießen, ab Klasse 8 endlich insofern **für voll genommen** zu werden, als es für sie jetzt endlich auch ein Unterrichtsfach, ein Klassenzimmer, einen Lehrer und nicht nur ein leeres Strichle, sondern eine Note im Zeugnis gibt. Und außerdem ein Fach, wo man über Lebensfragen gemeinsam nachdenken kann. **Ich weiß, wovon ich rede!**

Im Gegensatz zu Religionsunterricht ist Ethik freilich nicht versetzungsrelevant, das heißt, Ethik wird nach dem baden-württembergischen Schulgesetz nicht als dem Religionsunterricht gleichwertig angesehen. Ein Reli-Zweier kann einen Mathe-Fünfer ausgleichen, nicht aber ein Ethik-Zweier (Versetzungsordnung Haupt- und Werkrealschulen). So steckt also unter anderem auch hier wieder **ein Stück staatlich gewollter Diskriminierung** gegen unsere Migranten dahinter.

---

## “Deutschamerikaner” = Amerikaner deutscher Abstammung

---

So sagt es auch der neueste DUDEN. Ein Deutschamerikaner ist demgemäß also jemand, der mal Deutscher war und jetzt amerikanischer Staatsbürger ist. Mit genau derselben Logik müsste also jemand, der mal Türke war und jetzt deutscher Staatsbürger ist, "Türkischdeutscher" genannt werden. Aber nein, mit der größten Selbstverständlichkeit" sprechen und schreiben wir unverdrossen von "Türken" oder allenfalls von "Deutschtürken". Da wird Grammatik und Logik umgedreht mit dem eindeutig rassistischen Unterton: "Du bist und bleibst ein Türke!" (Das habe ich vor längerem schon einmal im Roten Fuchsle dargestellt. Es hat sich seitdem nichts geändert.)

Es kommt noch dicker: "Türkin mit deutschem Pass" nennt die Südwestpresse am 10. Jan. 2009 eine Stuttgarter GRÜNEN-Gemeinderätin. Am 28. Januar 2009 spricht der Südwestrundfunk, Mittelwelle, in seiner Sendung "Für alle, die es wissen wollen", gegen 17.45 Uhr, in einem Beitrag 4 Mal von einem "Deutsch-Iraner". Wohl gemerkt, der Mann ist Deutscher und lebte früher im Iran. Am 9. Februar 2009 schrieb die Südwestpresse ungeniert von einer "ermordeten Deutschtürkin". Der FOCUS berichtet am 13. 7. 2009 über einen "Deutsch-Pakistaner". Weiter unten im Text heißt

es dann auch prompt, er sei Deutscher pakistanscher Herkunft. Dann ist der Mann doch Deutscher und kein Pakistaner mehr!

In allen Fällen wird gewollt oder ungewollt ausgedrückt: "Wir wollen dich Fremdling nicht, und wenn du tausendmal scheinbar Deutscher bist." Wir sagen dann ja auch nie, so ein "Pseudo-Deutscher" habe wie "unsereiner" einen Personalausweis, sondern er habe einen "deutschen Pass". Das ist auch schon wieder eine sprachliche Ausgrenzung, denn einen Personalausweis hat jeder Deutsche, aber einen Pass wohl oft nicht; ich zum Beispiel — wozu auch? Warum reden und schreiben wir bei Migranten immer vom "deutschen Pass"? Das heißt doch auch nur: Das seien keine "richtigen" Deutschen.

Noch ein Beispiel: Die Schwäbische Zeitung (12. Sept. 2009) schreibt: "Der Deutsch-Libanese Khaled el Masri greift Neu-Ulmer OB an" (2x in Überschrift und Text auf Seite 1, 1x auf Seite 4). Die SWP schreibt am selben Tag im Prinzip dasselbe, nur verwendet sie zusätzlich noch die Formulierung "Der Libanese mit deutschem Pass". Nein, liebe Presseleute: Der Mann ist längst Deutscher und nicht mehr Libanese! (Egal, was er erlebt und getan hat.)

N-tv berichtet am 5.10.2009 um 21.15 Uhr: "Der Fahrer, ein Syrer mit deutschen Pass ..." - Geht's noch???

---

## Zweierlei Maß

---

Wenn ein früherer Deutscher jetzt Brasilianer geworden ist, dann spricht die Schwäbische Zeitung mit größter Selbstverständlichkeit von einem "Deutsch-Brasilianer", der bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen sei (25. Juni 2009) - was diesmal völlig korrekt ist: Der Mann war Brasilianer ursprünglich deutscher Abstammung.

Manchmal trifft man in Ehingen Leute, die einem freiweg erzählen, sie seien "leider die einzigen Deutschen" in ihrer Straße. Solche scheinbar gutbürgerlichen Rassisten schert es natürlich einen Dreck, was ihre Nachbarn für eine Staatsangehörigkeit haben oder wie sie sich verhalten. Einmal Türke, immer Türke. Einmal Russe, immer Russe. Einmal Ausländer, immer Ausländer. Wie lange noch? Und warum?

Neulich berichtete Gerhard Müller beim Dienstagstreff, dass in seiner Straße eine ganze Reihe verschiedenster Migranten leben würde - und man käme seit vielen Jahren rundum durchaus gut miteinander aus. Also, geht doch!

Im Roten Fuchsle konnte man aber auch schon die eine oder andere Stimme vernehmen, die davon ausging, wer Muslim sei, sei schon allein deswegen gewiss nicht als Mitbürger anzusehen und von

offiziellen Anlässen daher also glatt fernzuhalten. Allenfalls als stummer Zaungast sei "so jemand" zu dulden, wenn er sich auch noch gefälligst anständig verhielte. Das hat mich in dieser Rigorosität - zugegeben - ziemlich erschüttert.

Wenn ich Migrant wäre und hätte die löbliche Absicht, mich hier gut zu integrieren, wie müsste ich mich da fühlen?

Da passt es leider auch gut, dass ein Genosse Sarrazin einen Bestseller landet, dick Kohle damit verdient und millionenfachen Zuspruch genießt, so dass sich die Bundes-SPD strecken und winden muss, um ihn zuletzt - doch nicht?- auszuschließen. Dies wiederum war einem unserer langjährigen Genossen letzter Grund, seine SPD-Mitgliedschaft aufzukündigen. Er lebt seit Jahrzehnten hier. Seine Kinder sind durch unsere Schulen und Hochschulen gegangen und beruflich erfolgreich geworden. Der Mann restauriert immer wieder Oldtimer-Autos und empfindet es als schikanös oder auch fremdenfeindlich, dass er beim häufig notwendigen Ab-, Um- und Anmelden jedesmal besonders viel Papierkram zu erledigen habe, weil er (EU-)Ausländer sei. Freilich, die Frage muss erlaubt sein, warum er nicht längst Deutscher werden wollte. Ist seinerseits vielleicht auch ein Hauch Rassismus oder Integrations-Unwilligkeit im Spiel?

Wie wohltuend, wie es Dieter Volgnandt im Roten Fuchsle vom Dezember beschrieb: "...meine Nachbarn, alles gestandene Häuslesbauer, deren Häuser, Gärten und Autos um einiges besser gepflegt sind, als ich und meine Frau das so hinkriegen. (...) Also wenn ich mich nur einmal im Kreis drehe, bin ich von Migration umzingelt, und alles absolute, waschechte deutsche Vorzeigeschwaben." Also doch alles paletti und heile Welt im Städtle? Leider nicht, denn Dieter fährt fort über einen dieser Nachbarn: "Der würde am liebsten seine Koffer packen, weil er diese Integrationsdebatte nicht mehr hören kann."

Oder mit den Worten eines Ehinger Griechen (oder Griechischdeutschen - ich weiß es nicht), der bei einer Kirbe mal sagte: "Heute essen sie Gyros und Souvlaki, und am Montag sagen sie wieder Scheiß-Ausländer."

Das ist es! Wie blöd muss man als "Urbevölkerung" eigentlich teilweise sein, um nicht zu erkennen, dass wir vor allem die Besten mit unserem Dauerrassismus vergraulen?

**Herr, schmeiß Hirn ra'!** ■

Ludwig Dorner

## SPD - Kreisverband Bodenseekreis



MdL Norbert Zeller

### Werkrealschule Salem – „Starke Schule“ „Jedem Schüler eine Chance“

Zum Thema „Entwicklungschancen in der Bildungsregion Salem“, hatten der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller, schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Ortsverein Salemertal zu einer Diskussionsveranstaltung im Foyer des Bildungszentrums Salem eingeladen.

Vor Schülern, Eltern, Schulleitern und Vertretern des Handwerks regte Zeller an, über optimale Bildungschancen für jeden Schüler nachzudenken. Als überzeugter Anhänger der Gesamtschule und des gemeinsamen Lernens so lange wie irgend möglich, fordert er, die neue Schule müsse Gelegenheit zur Individualisierung, sich selbst kennen zu lernen, bieten. Mit den Worten: „Die Schule in Baden-Württemberg wird gebremst, lasst die Schulen doch machen!“, leitete er mit einem Film „Treibhäuser der Zukunft - Wie in Deutschland Schulen gelingen“ zum Impulsreferat von Roland Dorner, Rektor der Grund- und Werkrealschule Bergatreute (Bildungswerkstatt) über.

In Bergatreute arbeiten seit 20 Jahren Hauptschule, Realschule (Bad Waldsee), Förderschule und Gymnasium (Bad Waldsee) in Kooperation in einer so genannten Bildungswerkstatt zusammen. Auf drei Niveaustufen wird in verschiedenen Fächern unterrichtet.

Zu Anfang sieht Dorner zwei Diskrepanzen in der Schule. Einerseits versucht jede/r Lehrer/in eine gute pädagogische Arbeit zu leisten. Andererseits kommt irgendwann die Selektion. Dies verursacht Leiden bei Schülern und Lehrern. Schlechte Noten demotivieren die Schüler.

Der Mythos, Lernen lasse sich so organisieren, dass alle gleichmäßig lernen, ist längst widerlegt. Nachhaltiges Lernen gelingt nicht über Prüfungen. Dorner fordert: „Die Schule muss sich grundsätzlich und radikal ändern“.

Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität muss auch der Grundsatz „weniger gackern – mehr brüten“ kommen.

Lernen ist ein Umgang mit Widerständen. Forderungen: Lerngruppen statt Jahrgangsklassen – Teamlehrer arbeiten mit Kompetenzrastern – Motivation am Erfolg, heterogene Lerngruppen – der Stärkere lernt am meisten – hochmotivierte Kollegien.

Besonders wichtig ist Dorner bei den Schülern das **Bemühen um ernsthafte Arbeit**.

Der „gelernte“ Förderschulpädagoge Zeller begeistert sich seit längerer Zeit für das Modell Bergatreute. Eine solche Kooperation lasse sich auch im Raum Salem verwirklichen.

In der anschließenden Runde stellte Bürgermeister Härle fest, dass die Gemeinde in den letzten Jahren rund 6 Millionen Euro in die Schulen investiert habe. Er wünscht sich mehr Kompetenzen für die Schulleiter, dass schwache Schüler mehr Chancen bekommen und mehr Ruhe im Bildungsbereich.

Dr. Mehlich von der Kreishandwerkerschaft Ulm („Wir wollen das Wollen spüren“) betonte die Vorteile des Handwerks gegenüber der Industrie, mehr Kompetenzen, auch andere als nur Fachkompetenzen. Wir bieten spannende Arbeit auch in der Heimat der Azubis. Dazu brauchen wir auch die besten Schüler genau so wie die schwächeren Schüler, die über andere Qualitäten verfügen.

Jürgen Degen, Firmenleiter „Cushion pack“ stellte fest: „Mir ist ein fleißiger strebsamer Azubi lieber als einer mit Einsen im Zeugnis“. Degen sucht die Stärken bei seinen Azubis: die Besten können wir machen“.

Zum Thema „längeres gemeinsames Lernen“ gab es bei Schüler- und Elternvertretern sowie bei den Schulleitern gegensätzliche Ansichten. Die beiden Schülervereine von Werkrealschule und Realschule „arbeiten lieber mit gleichstarken Schülern“ zusammen. Eine Mutter (Realschule) sah keine Probleme der Trennung- „in der Freizeit sind sie wie zuvor zusammen“. Der Rektor der Realschule meinte, viele Schüler suchten nach der 4. Klasse eine neue Herausforderung. Der Leiter der Grundschule wünschte eine Verlängerung der Grundschulzeit. Der Elternvertreter der Grundschule sah die Trennung nach der 4. Klasse als verfrüht an.

Die Gruppe der Schulleiter sprach sich insgesamt für eine moderne Schule aus: Förderung der ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit durch heterogene Gruppen – saubere Diagnostik, Förderplanung für jedes Kind (unter Einbeziehung der Eltern), Strukturveränderung (Zeller: „mit den bestehenden Strukturen geht das schief“) hin zum gemeinsamen Lernen, kleinere Klassen, zusätzliche Lernbegleiter.

Zur Zukunft des Bildungsraums Salem hielt Norbert Zeller die Einrichtung einer gymnasialen Stufe bei einem Einzugsbereich von ca. 25.000 Einwohnern



nen durchaus für erstrebenswert. „Überlingen und Markdorf platzen aus allen Nähten“.

Wenige Tage nach der Veranstaltung „Entwicklungschancen in unserer Bildungsregion“ erhielt die Werkrealschule Salem die Auszeichnung „starke Schule“ bei einem Wettbewerb für hervorragende schulische Gesamtkonzepte verliehen.

**Karl-Heinz König**

## SPD OV Überlingen



[www.spd-ueberlingen.de](http://www.spd-ueberlingen.de)

### Jahresrückblick 2010 und Vorschau auf 2011

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Genossinnen und Genossen,

2010 ist fast vorüber, ein Jahr ohne Wahlen bei uns im Ländle. Aber im Saarland, Thüringen und Nordrheinwestfalen wurde gewählt – und was für ein Ergebnis im größten Bundesland: Rot-Grün ist zurück an der Macht und die Mehrheit von Schwarz-Gelb im Bundesrat ist gebrochen. In Hamburg haben sich bei einem Volksentscheid die Besserverdiener oder auch Mehrkrieger durchgesetzt und Pisa bestätigt: Bei uns ist Bildungserfolg immer noch vom Herkommen der Eltern bestimmt - Klassenkampf von oben. Und im Bund fahren Schwarz-Gelb einen harten Kurs gegen die Schwächeren, seien es Hartz IV-Empfänger oder die gesetzlich Versicherten. Man könnte auch fragen, ob es wirklich richtig ist, die Idee von Jean Claude Juncker, dem Ministerpräsidenten von Luxemburg rundherum abzulehnen, unter der Voraussetzung einer europaweiten Geld- und Finanzpolitik eine Euroanleihe mit einheitlichem Zinssatz zu entwickeln? 2010 hat Deutschland einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung gebracht, dank der Leistungen der roten Minister unter Schwarz-Rot, dem was Rot-Grün vorher schon geleistet hat und der Kurzarbeit, wo beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer verantwortungsvoll für das Gesamtwohl gehandelt haben.

In Überlingen hat die SPD einerseits daran gearbeitet, wieder näher an die Bürgerinnen und Bürger zu kommen. Wir werden weiter daran arbeiten. Andererseits haben wir uns zusammen mit nicht parteigebundenen Gästen u. a. mit Weltpolitik (Afghanistan), Bundespolitik (Verteilung der Finanzen zwischen Bund, Land und Gemeinde), Landespolitik (Stuttgart 21) und Kommunalpolitik (Sparvorschläge für Überlingen) befasst.

2011 wird ein Jahr mit Landtagswahlen in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Rhein-

land-Pfalz, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Bei uns im Ländle besteht die reale Chance die CDU nach vielen Jahrzehnten aus der Macht zu vertreiben, sei es mit Grün-Rot, sei es mit Rot-Grün (wäre mir lieber). Schauen wir mal, was ein Landtagswahlkampf bringt, der von der 5.Jahreszeit unterbrochen wird. Ein Gutes hat so ein Winterwahlkampf, er lässt uns nach der Wahl noch neun Monate für die politische Arbeit vor Ort.

Im Namen der SPD wünsche ich den Bürgerinnen und Bürgern aus Überlingen und den Teilorten und den Genossinnen und Genossen ein besinnliches Weihnachtfest und ein gutes erfolgreiches 2011.

**Dietram Hoffmann**  
Vorsitzender der SPD Überlingen

ps. Am Dienstag, den 18. Januar 2011 treffen wir uns um 19:30 zur Jahreshauptversammlung mit Vorstands- und Delegiertenwahlen im Nebenzimmer des Gasthauses Krone.

## Termine im Bodenseekreis

**Norbert Zeller MdL bittet euch folgende wichtige Termine im Bodenseeraum für Zeit des LTW-Wahlkampfes vorzumerken:**

- **Veranstaltung mit türkischen Mitbürgern im VfB Restaurant in Friedrichshafen**  
**Donnerstag, 13.1.2011 um 19 Uhr**
- **Veranstaltung mit Claudia Sünder und Norbert Zeller im VfB-Restaurant in Friedrichshafen**  
mit **russlanddeutschen, russischen Mitbürgern**  
**Montag, 31.1.2011 um 19 Uhr**
- **Sportfachgespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Gerster, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**  
**Dienstag, 8. Februar 2011 um 20 Uhr**  
**Restaurant VfB Friedrichshafen, Teuringer Straße, 19 Uhr**
- **Gesundheitspolitische Veranstaltung mit Karl Lauterbach**  
**Freitag, 11.3.2011**  
(noch nicht vollständig vereinbart)  
Genauere Einladungen folgen später.

**Wahlkreisbüro FN**

## **KV-Sitzung:**

24.01.2011

### ***Kreisvorstandssitzung***

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr  
parteiöffentlich

## **OV Bermatingen:**

### **Ortsvereinsitzung Jahresabschlussfeier**

Sonntag, 02.01.2011, 16:30 Uhr  
Ort: Weinstube Stecher

### **Ortsvereinsitzung**

Montag, 10.01.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.  
Ort: Weinstube Stecher

## **OV Deggenhausertal:**

### **Nächste Mitgliederversammlung**

Donnerstag 27.01.11 um 20 Uhr  
Gasthaus Rossknecht, Deggenhausen

## **OV Immenstaad:**

Montag, 03.01.2011, 20:00 Uhr - 22:00.

### **SPD Stammtisch**

Ort: Gasthof Adler

In lockerer Runde können Themen nach Wunsch zur Sprache kommen. Wir würden uns freuen, wenn sich recht viele interessierte und diskussionsfreudige Immenstaader Mitbürgerinnen und Mitbürger beteiligen.

Donnerstag, 27.01.2011, 19:30 Uhr - 22:00

### **Jahreshauptversammlung,**

Ort: tbd

Genauere Einladung folgt Ende Dezember. Bitte haltet den Termin frei.

## **OV Langenargen:**

06.01.2011

### **Dreikönigstreffen mit Ernst-Ulrich von Weizsäcker**

Langenargen, Münzhof

## **OV Markdorf:**

### **Neujahrsempfang**

Samstag, 08.01.2011, 11:00 Uhr

Ort: Stadthalle

### **Vorstand**

Donnerstag, 13.01.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.

Ort: Krone

## **OV Meersburg:**

Donnerstag, 06.01.2011 20:00 Uhr

### **SPD Hock**

Ort: Gasthof "Grüner Baum" Stetten

Donnerstag, 27.1.2011 20:00 Uhr

### **Vorstandssitzung**

Ort wird noch bekanntgegeben

## **OV Überlingen:**

Dienstag 18.01.2011

### **Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen**

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses Krone  
Zeit: 19:30

**Unser Kandidat für den  
Wahlkreis 67**

**Norbert Zeller**



wünscht allen LeserInnen

**ein gutes und erfolgreiches Jahr  
2011**

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

## Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



## Endlich – Hürden für direkte Demokratie werden gesenkt

### Ritsch begrüßt Änderung des Gemeinde- und Landesvolksabstimmungsgesetzes

„Nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen haben wir es endlich geschafft, dass die Hürden der direkten Demokratie gesenkt werden“, kommentiert SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch die Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Entscheidung.

Eine Änderung des Gemeinde- und Landesvolksabstimmungsgesetzes stellt nunmehr sicher, dass Volksabstimmungen und Volksbefragungen künftig leichter durchgeführt werden können.

Durch die Senkung der erforderlichen Stimmenanzahl braucht es für Volksabstimmungen, Volksbefragungen und Volksbegehren nunmehr bedeutend weniger Unterschriften. „Bei 7.000 Stimmberechtigten in einer Gemeinde waren vorher 1.400 Unterschriften notwendig, jetzt sind es nur noch 925“, erklärt Michael Ritsch.

Eine weitere Verbesserung wurde auch dadurch erreicht, dass ein von der Gemeindevertretung abgelehntes Volksbegehren, das von wenigstens 25 Prozent der Stimmberechtigten gestellt wurde, der Volksabstimmung zu unterziehen ist.

Auch ein vom Landtag abgelehntes Volksbegehren, das von wenigstens zehn Prozent der Stimmberechtigten gestellt wurde, muss künftig einer Volksabstimmung unterzogen werden.

Die direkte Demokratie war vor geraumer Zeit die erste Wahl für das Thema der Aktuellen Stunde beim hybreg-Internetvoting, welches die Oppositionsparteien gemeinsam initiiert hatten. Die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger hatten erstmals die Möglichkeit selbst bei der Themenfindung mitzuwirken. „Erst nachdem dieses brisante Thema im Rahmen der aktuellen Stunde im Landtag erneut

behandelt wurde, kam endlich auch bei der ÖVP Bewegung ins Spiel“, freut sich Michael Ritsch über den Erfolg dieser Initiative.

SPÖ-Express, 10.12.2010

## Echte Männer gehen in Karenz

### SPÖ-Frauen fordern mehr Maßnahmen, denn Väterkarenz muss attraktiver werden

Die Kampagne der Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist ein wichtiger Schritt zur Bewusstseinsbildung. Sie hat aber auch eine Offensive mit der Wirtschaft dazu gestartet. Das einkommensabhängige Kindergeld ist ein wertvoller Baustein dazu. Laut Studien würden zwei Drittel der Männer gern in Karenz gehen, de facto sind es dann nur 5 Prozent, in Vorarlberg gar nur 1,9 Prozent.

„Das ist schade, denn diese Lebensphase ganz nah mit seinen Kindern zu erleben, ist etwas Besonderes. Davon sollen auch Männer profitieren können“, findet SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher. Für Frauen und Männer sei die Aufteilung der Betreuungspflichten ein Schlüssel zu mehr Chancengleichheit. Auch Unternehmen würden davon profitieren, aber dazu brauche es konkrete Schritte, so Pircher.

Eine Unterbrechung aufgrund von Kinderbetreuung dürfe kein Hemmschuh in der Aufstiegsleiter sein. Versicherung und Absicherung mit weiterer Jobgarantie seien unerlässlich. „Männer, die in Karenz gehen, dürfen nicht als Exoten angesehen und behandelt werden. Der Papamonat, der ab 1.1.2011 im öffentlichen Dienst in Anspruch genommen werden kann, ist ein erster wichtiger Schritt dazu“, erklärt die Sprecherin der SPÖ-Frauen. In den skandinavischen Ländern gehen viel mehr Männer in Karenz, circa 20 Prozent. Dort ist man es mehr gewohnt als bei uns.

„In Vorarlberg selber braucht es natürlich auch den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung speziell für

kleinere Kinder. Ein Bündel an Maßnahmen bestehend aus Bewusstseinsbildung und konkreten Schritten in der Wirtschaft soll gelebte Gleichberechtigung möglich machen“, findet Olga Pircher. Das wäre so wichtig - auch für das gegenseitige Verständnis. Denn: echte Männer gehen in Karenz. [www.maennerinkarenz.at](http://www.maennerinkarenz.at)

SPÖ-Express, 10.12.2010

## **Konkrete Vorschläge zur Verwaltungsreform**

***Neben Verwaltungsreform im Land auch Verkleinerung der Landesregierung, des Landtages und des Bundesrates möglich; Regionalparlamente schaffen!***

Nachdem beim Thema Verwaltungsreform immer wieder mit erhobenem Finger Richtung Wien gezeigt wird, möchte die SPÖ anhand einiger Vorschläge aufzeigen, dass nicht nur auf Bundesebene gespart werden soll, sondern zuallererst im eigenen Land.

Aus diesem Grund schlägt SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch vor, im Rahmen der Verwaltungsreform aus den bestehenden vier Bezirkshauptmannschaften künftig zwei Verwaltungsregionen zu machen. So wie bei den Nationalratswahlen könnte Vorarlberg in eine Region Nord (Bregenz/Dornbirn) und eine Region Süd (Feldkirch/Bludenz) eingeteilt und verwaltet werden. Infolgedessen bräuchte es nicht mehr vier Bezirkshauptmänner und entsprechend viele Führungsebenen. Ähnliches Einsparpotential liegt nach Ansicht der SPÖ unter anderem auch bei den Bezirksgerichten, bei den Bezirksschulräten oder den Bezirkswahlbehörden bei den Landtagswahlen vor.

Die Vorarlberger Landesregierung könnte nach Ansicht der SPÖ von sieben auf fünf Regierungsmitglieder, der Vorarlberger Landtag von 36 auf 33 Abgeordnete verkleinert werden. Michael Ritsch denkt auch Regionalparlamente an. „Es muss nicht immer für jede kleine Gemeinde eine gesonderte Gemeindevertretung geben“, so der SPÖ-Clubobmann.

Außerdem könnte man es dem Salzburger Beispiel der Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bei ihrem Amtsantritt gleich tun, und den Vertrag mit dem Föderalismusinstitut kündigen. Alleine dadurch könnten allein in Vorarlberg in fünf Jahren 280.000 Euro eingespart werden.

Auf Bundesebene schlägt Michael Ritsch vor, den Bundesrat zu verkleinern. Der Bundesrat hat bekanntlich die Funktion einer Länderkammer inne. Die bisher 62 Bundesräte sollten um neun gekürzt werden und stattdessen die Landeshauptleute deren Funktion übernehmen. Die Kosten für diese neun

Bundesräte könnten somit eingespart werden, da die Landeshauptleute in Ausübung der Funktion im Bundesrat keine weiteren Gelder erhalten würden. Im Bundesrat sollen auch die Länderthemen abgehandelt werden. Damit kann die „ungesetzliche“ Landeshauptleutekonferenz entfallen und die Kosten dafür eingespart werden.

„Bei den Verkleinerungen der Gremien muss natürlich das Wahlsystem adaptiert werden. Im Sinne der Demokratie muss gewährleistet sein, dass Minderheiten entsprechend vertreten sind und eine Partei mit 45 Prozent nicht die absolute Mehrheit an Mandaten hat“, so Michael Ritsch.

SPÖ-Express, 23.12.2010

## **Unqualifizierte Äußerungen von Bischof Fischer**

**SPÖ-Sozialsprecherin Sprickler-Falschlunger:**

**„Fischer konstruiert ein furchtbares  
Frauen- und Familienbild**

„Dass Bischof Elmar Fischer zu den konservativsten Kräften innerhalb der römisch-katholischen Kirche in Österreich zählt, ist bekannt. Die jüngsten unqualifizierten Äußerungen können aber so nicht stehen gelassen werden. Denn einerseits zeichnet Fischer ein Frauenbild des vor vergangenen Jahrhunderts, andererseits scheint er die Entwicklungen innerhalb der Familien in keinsten Weise zu kennen“, reagiert SPÖ-Sozialsprecherin LAbg. Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger auf die nur schwer zu verdauenden Äußerungen des Bischofs der Diözese Feldkirch.

Die Scheidungsrate von Paaren, die natürlich verhüten, möge wirklich niedriger sein als bei anderen Paaren. Dies habe aber seinen Grund darin, so Sprickler-Falschlunger weiter, dass solche Paare oft tief gläubig sind und sich schon aus diesem Grund seltener scheiden lassen. Zudem müsse ganz klar festgehalten werden, dass die mit dem erzkonservativen Bischof Laun zusammen gezimmerte Studie in keinsten Weise repräsentativ sei.

„Natürliche Verhütung ist unsicher und beruht auf häufiger Enthaltensamkeit. Dass der Bischof diese Verhütungsmethode propagiert, ist nicht nur Ausdruck seiner Unwissenheit, sondern auch seiner sexualfeindlichen Haltung“, so die SPÖ-Sozialsprecherin.

Der Bischof täte gut daran, sich aus den Schlafzimmern der Menschen herauszuhalten. Erfreulicherweise lassen sich die Menschen, gläubig oder nicht, nicht mehr von der Kirche vorschreiben wie sie ihre Sexualität gestalten. Bischof Fischer soll sich ein Beispiel an Caritasdirektor Klinger nehmen, der ein verlässlicher Kämpfer für die Armen und Ärmsten in unserer Gesellschaft ist.

Als schlichtweg inakzeptabel bezeichnet Sprickler-Falschlunger die Aussage, wonach das Wesen der Frau im Mutter-Sein begründet liegt. „Vielleicht kapieren auch Vertreter der katholischen Kirche endlich einmal, dass eine Frau nicht die Gebär- und Pflegemaschine im Sinne konservativer Kreise, sondern einfach auch nur Frau ist. Daher wird sich die katholische Kirche mit weiteren massiven Austrittswellen befassen müssen. Und vor dem Hintergrund der Äußerungen von Bischof Fischer ist das auch gut so“, schließt Sprickler-Falschlunger.

SPÖ-Express, 23.12.2010

**SPD Kreis Biberach**  
**MdB**  
**Martin Gerster**



**2011**  
**SPD Baden-Württemberg**  
[www.WarumSPD.de](http://www.WarumSPD.de)

## „Franz fängt an“

### Franz Lemli feiert Wahlkampfauftakt

BIBERACH - Noch 100 Tage bis zur Landtagswahl - das war vergangenen Samstag der Anlass für Franz Lemli, SPD, offiziell seinen Wahlkampf zu beginnen. Unter dem Motto „Franz fängt an“ startete der Polizeihauptkommissar gemeinsam mit einigen Mitgliedern des SPD-Ortsvereins Biberach, darunter auch Zweitkandidatin Dagmar Neubert-Wirtz, seine Kampagne „Frag Franz“, die sich wie ein roter Faden durch den gesamten Wahlkampf ziehen soll. Dadurch möchte der Sozialdemokrat erreichen, dass Politik, wie er sie sich wünscht, nicht mehr nur etwas Unverständliches ist, was hinter verschlossenen Türen stattfindet, sondern dass sie begreiflich, alltäglich und für jeden formbar wird. Ein Element dieser Kampagne sind beispielsweise eigens entworfene Postkarten, auf die Bürgerinnen und Bürger Anliegen jeder Art schreiben und an Lemli schicken können, der verspricht, diese zu bearbeiten und in seine politische Arbeit aufzunehmen. „Ich will Politik für und mit Menschen machen“, so der Landtagskandidat.

Außerdem wurde mit dem Bau von „Franz' Fundamenten“ begonnen. Noch handelt es sich dabei nur um eine rote Platte, auf die ein paar wenige Bauklötze geleimt sind. Doch bis zum 27. März soll dort ein ganzes Haus entstehen. Das Besondere daran ist, dass jeder, der möchte, einen Bauklotz mit Wünschen und Anregungen an Franz Lemli und dessen Politik beschriften und so das Haus mitbauen kann.



Dagmar Neubert-Wirtz (Zweitkandidatin), Franz Lemli

Allgemein wünscht sich der Polizist einen fairen Wahlkampf: „Ich möchte mit so vielen Menschen wie möglich, egal, in welcher Partei sie auch sein mögen, diskutieren. Und das sachlich und offen.“ Die Ziele sind aber klar: Während „Franz fängt an“ lud Lemlis Wahlkampfteam auch zu „Franz feiert“ am 27. März 2011 ein. Beginn nach Schließung der Wahllokale.

22.12.2010

Robin Mesarosch  
Wahlkampfleiter WK 66 für Franz Lemli, SPD

## BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

### Beunruhigendes Schweigen des Ministers zum weiteren Ausbau der A8 bis Ulm

**Paula und Förster vermuten  
Widerstände des  
Bundesfinanzministers gegen die  
unerlässliche  
Anschubfinanzierung für privates  
Betreibermodell**

Die Fertigstellung der A8 zwischen Augsburg und Ulm ist nach Meinung der Augsburger SPD-Abgeordneten Heinz Paula (Bundestag) und Dr. Linus Förster (Landtag) ein großer Tag für Schwaben und ein „Erfolg für jahrelange Gespräche, Verhandlungen und Initiativen zum Festzurren der Finanzierung.“ Gerade aufgrund dieser Erfahrung ist die SPD nach dem heutigen Tag in tiefer Sorge um den Weiterbau der A8 bis Ulm. „Denn der anwesende Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer machte keinerlei Angaben zum Zeitplan“, was die beiden bei der Freigabe der A8 anwesenden SPD-Abgeordneten „doch sehr verwundert“ hinterlassen hat. „Jeder Tag, an dem die ausgebaute A8 in Augsburg endet und nicht bis Ulm fortgeführt wird, bewirkt einen Flaschenhals und das Projekt kann seine

Wirkung nicht voll entfalten“, warnen die Politiker, „ein Stopp wäre volkswirtschaftlicher Unsinn.“

Das Schweigen des Ministers ist umso überraschender, weil das Ministerium noch Ende Oktober einen Konzessionsbeginn im Januar 2011 angekündigt hat. Paula und Förster können sich die Verzögerungen nur so erklären, dass das Finanzministerium die für das Projekt benötigte Anschubfinanzierung verweigert. „Diese Mittel sind aber unerlässlich zum Start des privaten Betreibermodells. Das war beim Bauabschnitt München Augsburg ebenso – und hat sich bewährt.“

„Die Abgeordneten der CSU und FDP sind aufgefordert, im Bundestag die Bewilligung der Mittel zu erwirken, so wie wir das unter der alten Bundesregierung für die A8 München-Augsburg erreicht haben“, fordern Paula und Förster.

9. Dezember 2010,

Heinz Paula, MdB

Dr. Linus Förster, MdL, BY

## SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis



### Zum Wiedereinstieg des Landes Baden-Württemberg beim Energieversorger EnBW – erklärt die DL 21 – Landesgruppe Baden-Württemberg:

Es gilt unzweifelhaft, die Chancen des Wiedereinstiegs des Landes Baden-Württemberg beim Energieversorger EnBW zu nutzen, um künftig für eine echte sozial verträgliche, klima-, umwelt- und verbraucherfreundliche Energiepolitik im Land zu sorgen.

Wie Ministerpräsident Stefan Mappus diesen Wechsel in die Wege geleitet hat, ist dreist und so ernst, dass es verharmlosend wäre, nur von einem G'schmäckle zu schwätze.

Bevor der Landtag morgen darüber abstimmt, sollte der Ministerpräsident erklären, warum er ohne Zeitnot und am Parlament vorbei, ein Milliardengeschäft abgeschlossen hat, das nicht nur wegen seines Preises für das Land ein enorm hohes Risiko bedeutet.

#### **Er soll erklären,**

1. warum er Parlament und Öffentlichkeit getäuscht hat, indem er statt die wahre Garantiesumme von

5,9 Milliarden Euro zu nennen, über eine Woche lang nur von einem Betrag von 4,7 Milliarden Euro gesprochen hat;

2. welche Gründe es rechtfertigen, dass das Land 850 Millionen Euro Aufpreis (18 Prozent pro Aktie) für den Erwerb bezahlen muss;

3. wie er es rechtlich rechtfertigt, das Vergaberecht und die Landeshaushaltsordnung, die zu einer Politik der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit verpflichtet, zu missachten und den Auftrag ohne Ausschreibung an Morgan Stanley zu geben und nicht etwa an die LBBW;

4. welche Preise, das Land an Stanley Morgan zu entrichten hat, welche weiteren Geschäfte mit Stanley Morgan vereinbart wurden und wie hoch die Kosten dafür angesetzt sind;

5. ob er hat prüfen lassen, was es für den Kaufpreis bedeutet, wenn das Verfassungsgericht die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke für unrechtmäßig erklärt;

6. ob er hat prüfen lassen, welche sicherheitstechnischen Maßnahmen für den weiteren Betrieb der Atomkraftwerke in Zukunft notwendig werden, wie die Verpflichtung für den Rückbau, die Entsorgung und Endlagerung eingehalten werden können und ob ausreichende Rücklagen dafür bei der EnBW sichergestellt sind;

7. wie der Kauf der EnBW getätigt werden soll, wenn ein Verkauf über die Börse nicht gelingt;

8. wie die Zinsen für die Anleihen aufgebracht werden sollen, wenn die Dividenden nicht mehr so sprudeln, wie in der Vergangenheit;

9. welche Risiken und Auswirkungen diese Zusatzbelastung für den Landeshaushalt neben den Garantien für die LBBW nach sich ziehen;

10. wie er sein Vorgehen einer Bevölkerung erklären will, der er noch am Sonntag versichert hat: „Wir müssen die Menschen stärker einbinden. Es reicht nicht, dass sie am Ende mit Ja oder Nein über ein Projekt abstimmen, sie müssen Vorhaben von Beginn an konstruktiv begleiten.“ (Stefan Mappus; Welt am Sonntag, 12.12.2010)

**14.12.2010 Sprecherkreis DL 21 Baden-Württemberg  
Hilde Mattheis MdB, Kristof Becker, Leni Breymaier,  
Rita Haller-Haid MdL, Rainer Weitzel**

### **Ulmer Tafelladen besucht**

Auf ihrer vor-weihnachtlichen Tour durch soziale Einrichtungen in Ulm und Alb-Donau machte die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis (SPD) letzte Woche auch halt im Tafelladen in der Ulmer Oststadt.

Nach einer Besichtigung der Einrichtung und Vorstellung der Logistik, führte Mattheis ein Gespräch mit der Abteilungsleiterin der Sozialen Dienste des Deutschen Roten Kreuz Ulm Claudia Steinhauer und Petra Ohnewald der Leiterin des Ulmer Tafelladens.

Hilde Mattheis, die innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion für den Bereich der Verteilungsgerechtigkeit zuständig ist, interessierte sich sehr für die Entwicklung der Zahl der Bedürftigen. Frau Steinhauer machte klar, dass die Einrichtungen des DRKs in den letzten Jahren immer mehr in Anspruch genommen werden. Ein Anstieg der Bedürftigen der Gesellschaft sei deutlich zu spüren.



Mattheis fasste das Gespräch und den Besuch zusammen: „Einrichtungen wie der Tafelladen in der Ulmer Oststadt sind ein Teil der solidarischen Gesellschaft. Sie zeigen uns wie wichtig Hilfe für bedürftige Menschen ist. Wir müssen uns aber die Fragen stellen, warum wir in einem der reichsten Länder der Welt solche Einrichtungen benötigen? Für mich ist klar, wir brauchen eine Erhöhung der Hartz-4-Sätze, einen gesetzlichen Mindestlohn und Vollbeschäftigung in Deutschland. Ziel muss sein die Ursachen zu bekämpfen und nicht die Folgen als Gesellschaft hin zu nehmen.“

Zum 14.12.2010, Büro Hilde Mattheis, MdB

## Hilde Mattheis zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Studiengebühren in Baden-Württemberg

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat erklärt, dass die allgemeinen Studiengebühren im Land Baden-Württemberg mit Bundesrecht vereinbar sind. Es liegt kein Verstoß gegen das Grundrecht auf freien Zugang zur Ausbildungsstätte vor.

Hierzu die stellv. SPD-Landesvorsitzende und Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis: „Auch wenn die Studiengebühren laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts kein unüberwindbares Hindernis sind, stellen sie aber dennoch eine zu große Hürde für viele junge Menschen da. Es ist eine politische Frage ob dieses Hindernis abgeschafft werden soll oder nicht. Die SPD im Land Baden-Württemberg lehnt als einzige Partei im Landtag Studiengebühren jeglicher Form ab.“

Mattheis macht klar: eine Ablehnung der unsozialen Studiengebühren sei für sie eine Gewissenfrage und einer der zentralen Punkte für die Landtagswahl im kommenden März.

„Für uns ist das Thema der kostenfreie Bildung eines der wichtigen Themen für die Menschen in Baden-Württemberg“, so die stellv. Landesvorsitzenden der SPD Hilde Mattheis abschließend.

zum 15. Dezember 2010 Büro Hilde Mattheis, MdB

### Schöne Bescherung:

## Böse Weihnachtspost der Bundesregierung für bedürftige Familien

*Zur Mitteilung der Streichung des Elterngeldes für bedürftige Familien kurz vor Weihnachten erklärt die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:*

In diesen Tagen verschickt die Agentur für Arbeit eine ganz besondere Weihnachtspost der Bundesregierung an bedürftige Familien: Diese Bescheide verkünden die Streichung des Mindestelterngeldes von 300 Euro für arbeitslose Eltern. In Ulm und Alb-Donau sind 170 Haushalte davon betroffen - darunter eine große Zahl alleinerziehender Frauen: Eine schöne Bescherung zu Weihnachten.

Die Bescheide beinhalten die Nachricht über die volle Anrechnung des Elterngeldes auf die Sozialhilfe und das Arbeitslosengeld II.

Die Bundesfamilienministerin lässt damit zahlreiche Familien im Stich, die sich auf die Unterstützung des Staates verlassen haben. Aber auch für Menschen, die künftig in Not geraten wird das bitter. Zum Beispiel die alleinerziehende Mutter, die nach zehn Jahren Erwerbstätigkeit arbeitslos wird und ein Kind bekommt: Die geht beim Elterngeld jetzt leer aus.

Vor einem Jahr hatte die Familienministerin noch vollmundig die Ausweitung des Elterngelds in Form von Teilelterngeld und gestärkten Partnermonaten verkündet. Was sie jetzt bekommen, sind drastische Einschnitte zu ihren Lasten. Damit wird sich die finanzielle Lage bedürftiger Familien noch weiter verschlechtern. Zumal mit dem Elterngeld die Erziehungsleistung der Eltern anerkannt werden sollte, so dass auch Eltern, die staatliche Transferleistungen beziehen, zumindest den Sockelbetrag von 300 Euro erhalten.

Diese unsoziale Streichung ist Teil des Haushalts-Sparpaketes, das die Bundesregierung im Herbst verabschiedet hat. Mit diesem Sparpaket wurden nur kleine und mittlere Einkommen belastet und die Wohlhabenden blieben außen vor. Auch Spitzen-einkommen wurden verschont.

Diese Einsparungen im Haushalt wurden vor allem im Sozialbereich vorgenommen: Mit 37 Prozent muss die Sozialpolitik den Löwenanteil einsparen. Der Bankenbereich mit 7,3 Prozent oder der Subventionsabbau mit 11,8 Prozent wurden dabei eher geschont.

Wie weit weg von der Realität der Menschen muss eine Bundesregierung mit ihrer Familienministerin Schröder sein, die solche Sparvorschläge macht. Sparen bei denen, die ohnehin am wenigsten haben.  
**Zum 21. Dezember 2010, Büro Hilde Mattheis, MdB**

## Leserpost

Lieber Karl - Heinz, lieber Willi  
zuerst möchte ich Euch für die grosse Arbeit, die Ihr da verrichtet ganz herzlich danken. Ich wünsche Euch und Euren Familien schöne Festtage und einen guten Übergang ins Neue Jahr.  
Herzliche Grüsse

**Peter Osterwalder**  
Romanshorn

---

---

Lieber Karl-Heinz, lieber Willi !

Vielen Dank für ein weiteres Jahr SP-Informationen rund um den See !

109 Ausgaben bedeuten dieses Medium ist nicht mehr wegzudenken !

Euch schöne Feiertage und ein " Gutes 2011 "

Wir sehen uns ja sicher am 06.01.2011 im Münzshof Langenargen !!

Liebe Grüße Holger (Maas)

#####

Lieber Karl-Heinz,

herzlichen Dank für den Roten Seehas.  
Wir wünschen Dir und Marianne ein schönes Fest. Wir sehen uns bestimmt wieder im neuen Jahr.

Alles Gute!  
Berthold und Mechthild Wierer

#####

Hallo Karl-Heinz,  
wieder vielen Dank!

Weiter so ... wenn wir, die Basis, nicht mehr wären und uns rührten ...

Ludwig (Dorner, Rotes Fuchsle)

#####

## Hinweis

Im Anhang der Mail zu dieser Ausgabe befinden sich zwei Einladungen zu

### Integration durch Beteiligung – sozialer Aufstieg durch Bildung

mit

**Norbert Zeller MdL**

Vorsitzender des Ausschusses für  
Schule, Jugend und Sport im Landtag

**Landtagskandidat im  
Wahlkreis 67 Bodensee**

und

**Macit Karaahmetoğlu**

**Initiator der Projektgruppe  
„SPD ve biz“**

**Donnerstag, 13. Januar 2011**

**um 19.00 Uhr**

**im VfB Stadionrestaurant, Teuringer Str. 2  
88045 Friedrichshafen**

**Bitte verteilen Sie die türkische  
Version als Ausdruck an türkisch  
sprechende Nachbarn**

**Vielen Dank**

**Die Redaktion**





Liebe Genossinnen,  
Liebe Genossen,

Wie auch in den vorigen Jahren werden die Jusos Bodenseekreis dieses Jahr ihre Weihnachtsaktion im Asylheim in Goldbach, Überlingen veranstalten. Aufgrund des vollen Terminplans des Asylheimes findet diese Aktion allerdings wie bereits letztes Jahr erst ende Januar statt. Die Bewohner kennen die die Aktion schon, und freuen sich darauf. Durch die sehr armen Lebensumstände, in denen die Menschen dort leben müssen sind sie auf Unterstützung angewiesen. Deswegen sammeln die Jusos innerhalb und außerhalb der SPD Spenden, die bei der Weihnachtsaktion in Form von Sachspenden übergeben werden. Die Jusos Bodenseekreis haben bereits aktiv Spenden gesammelt und wir bitten nun auch um Eure Unterstützung. Wenn Ihr das Asylheim in Überlingen gerne unterstützen möchtet, nehme ich stellvertretend die Spenden in Empfang.

Es ist möglich Geldspenden an das Konto der SPD Bodenseekreis zu überweisen. Dadurch können auch Spendenquittungen ausgestellt werden.

Kontodaten:

Blz.: 690 500 01  
Kontonr.: 24 79 897  
Sparkasse Bodensee

Sachspenden können entweder unter folgender Adresse abgegeben werden, oder nach Absprache auch abgeholt werden.

Leon Hahn  
Hochkreuz 3  
88682 Salem  
Handy: +49 (0) 175 16 26 400

Die Jusos Bodenseekreis bedanken sich für Eure Mithilfe und wünschen Euch eine frohe Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr,

Herzliche Grüße,

Leon Hahn,  
Kreisvorsitzender,  
Jusos Bodenseekreis



Landtag von Baden-Württemberg

**Norbert Zeller, MdL**

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg  
Vorsitzender des Schulausschusses

E-Mail: [norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)

Internet: [www.norbertzeller.de](http://www.norbertzeller.de)

Norbert Zeller MdL, Moltkestr. 10, 88046 Friedrichshafen



Deutscher Bundestag

**Martin Gerster, MdB**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion  
Mitglied des Finanz- und des Sportausschusses

E-Mail: [martin.gerster@bundestag.de](mailto:martin.gerster@bundestag.de)

Internet: [www.martin-gerster.de](http://www.martin-gerster.de)

Martin Gerster, MdB, Poststr. 7, 88400 Biberach

An die Mitglieder der

**Sportvereine im Bodenseekreis**

Dezember 2010

Einladung zu

## Sportfachgespräch

**„Sport und Ehrenamt – unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft“**

Sehr geehrte Vereinsvorsitzende und Mitglieder der Sportvereine im Bodenseekreis, Sport nimmt einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein – und das aus gutem Grund: Neben der Gesundheit und Lebensqualität des Einzelnen profitiert nicht zuletzt auch die gesamte Gesellschaft von der integrativen Wirkung des Sports. In kaum einem anderen Lebensbereich ist der soziale Hintergrund von geringerer Bedeutung als im Sportverein. Damit sportliches Engagement auch in Zukunft eine Rolle spielen kann, setzt sich die SPD für die Förderung des Ehrenamtes ein, .z.B. durch die Reform des Vereinsrechts oder durch die Unterstützung wichtiger Infrastrukturprojekte. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wurde das Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht vereinfacht, um auf diese Weise den bürokratischen Aufwand zu verringern.

Mit der Sportfachveranstaltung am 8. Februar in Friedrichshafen wollen wir ein Diskussionsforum über zukünftige Projekte in diesem Bereich anbieten und gleichzeitig zur Unterstützung des Ehrenamts im Sport beitragen.

Als Abgeordneter der Bodenseeregion und Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg lade ich Sie gemeinsam mit meinem Kollegen **Martin Gerster MdB, sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion** aus Biberach, zur Teilnahme an dem Sportfachgespräch ein **am Dienstag, 8. Februar 2011 um 20 Uhr in das Restaurant des VfB, Teuringer Str. 2, Friedrichshafen.**

**Der Präsident des Sportkreises Bodensee und Vorsitzende der ARGE Bodenseekreis, Rudolf Landwehr, wird ebenfalls zu den aktuellen Fragen des Vereinssports Stellung nehmen.**

Mit freundlichen Grüßen

**Norbert Zeller MdL**

**Um Anmeldung wird gebeten an Wahlkreisbüro Zeller in Friedrichshafen**

70173 Stuttgart · Haus des Landtags · Konrad-Adenauer-Straße 3 · Telefon 0711/2063-222 · Telefax 0711/2063-232  
88046 Friedrichshafen · Wahlkreisbüro · Moltkestraße 10 · Telefax 07541/75553 · Telefon 07541/32250



# Dreikönigstreffen Langenargen 2011



**Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,  
sehr geehrte Damen und Herren**

Wie in jedem Jahr dürfen wir Sie und Euch am Dreikönigstag ganz herzlich zu unserer Auftaktveranstaltung nach Langenargen einladen. Unsere Zusammenkunft steht im Zeichen der bevorstehenden Landtagswahl, die uns enorme Anstrengungen abverlangen wird. Norbert Zeller und Ernst Ulrich von Weizsäcker skizzieren die Herausforderungen und den Orientierungsrahmen sozialdemokratischer Politik aus regionaler und überregionaler Sicht. Auf vielfachen Wunsch hin wechseln wir den Veranstaltungsort und wagen den Sprung in den geräumigeren Münzhof. Es wäre uns eine große Freude, Sie und Euch wieder in stattlicher Anzahl begrüßen zu dürfen.

**Wir wünschen Ihnen und Euch allen ein gutes Neues Jahr 2011!**

**Jochen Jehle**  
SPD-Kreisvorsitzender

**Jens Hermann Treuner**  
SPD-Ortsvorsitzender

## ■ Programm

- ab 10:30 ■ **Saalöffnung** und Unterhaltung durch eine Power-Point-Präsentation zur örtlichen und regionalen SPD-Geschichte; jeder Besucher erhält ein Begrüßungsgetränk;
- ab 11:00 ■ **Neujahrsgrüße** des SPD-Ortsvorsitzenden Jens Hermann Treuner;
- **Grußwort** des Bürgermeisters Rolf Müller;
- **„Das Neue Jahr soll die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt bringen“**  
Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Naturwissenschaftler, Mitglied des Club of Rome, 1998-2005 Stuttgarter SPD-MdB;
- **„Baden-Württemberg vor der Entscheidung“**  
Norbert Zeller, Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und Vizepräsident der Sozialistischen Bodensee-Internationale;
- **Schlusswort** des SPD-Kreisvorsitzenden Jochen Jehle;



■ Wir bitten darum, den **Wechsel des Veranstaltungsortes** zu beachten. Der historische **Münzhof** liegt am Langenargener Marktplatz, gegenüber der Barockkirche St. Martin. Parkplätze sind in unmittelbarer Nähe vorhanden (Platz vor dem Haus, Tiefgarage und Parkplatz gegenüber der Schlosszufahrt). Adresse und Veranstaltungstelefon: Marktplatz 24, 88085 Langenargen; Telefon +49 (0) 160 2965432. - **Foto Vorderseite: Stephan Röhl/Heinrich Böll Stiftung**

**V. i. S. d. P. Jochen Jehle**

# SPD-Dreikönigstreffen Langenargen 2011



**mit**  
**Prof. Dr. Ernst Ulrich**  
**von Weizsäcker**

**6. Januar um 10:30 im Münzhof**

V. i. S. d. P. Jochen Jehle



**Norbert Zeller MdL**

Vorsitzender des Ausschusses für  
Schule, Jugend und Sport im  
Landtag von Baden-Württemberg



**Gewerkschaft Erziehung und  
Wissenschaft**

**Ortsverband Friedrichshafen**



# Einladung

zur gemeinsamen Veranstaltung der

**GEW Friedrichshafen und Norbert Zeller, MdL,**

Vorsitzender des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg

## Wie sieht die Schule der Zukunft aus?

Was muss sich im Vergleich zu heute ändern? Wie schaffen wir es, dass die Schule nicht nur ein Lernort ist, sondern zu einem Lebensraum wird?

Der bundesweit bekannte **Reformpädagoge Otto Herz** führt  
in das Thema ein – mit Begeisterung und Witz.

**am Montag, 24. Januar 2011 um 20 Uhr**

**in der Arkade der Pestalozzischule in Friedrichshafen**

Allmandstr.15, Mittlerer Eingang

- |                |   |
|----------------|---|
| • Begrüßung    | Josef Brugger, Rektor der Pestalozzischule FN   |
| • Einführung   | Norbert Zeller, MdL, Schulausschussvorsitzender |
| • Hauptreferat | Otto, Herz, Reformpädagoge                      |
| • Diskussion   | Leitung: Helmut Schönleber, GEW FN              |

Weitere Informationen zu Otto Herz unter [www.otto-herz.de](http://www.otto-herz.de)

---

Norbert Zeller, Wahlkreisbüro, Moltkestr. 10, 88046 Friedrichshafen  
Tel 07541 32250, Fax 07541 75553, [norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de) [www.norbertzeller.de](http://www.norbertzeller.de)  
Helmut Schönleber, Schimmelstr. 3, 88048 Friedrichshafen (0 75 41) 5 46 99

# Impressum

## Herausgeber:

**Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)**

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

**Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg**

**Tel.: 07532/313048**

**e-mail: [roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)**

**und**

**Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren**

**Tel.: 07542/20349**

**e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)**

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

**Bundes-SPD (SPD.de):**

[www.spd.de](http://www.spd.de)

[SPD.de](http://SPD.de)

**SPD Presseservice:**

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

**Büro Peter Simon, MdEP:**

[peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)

**Evelyne Gebhardt, MdEP:**

**Europa Aktuell:**

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

**Dr. Paul Wengert, MdL (BY):**

[paul.wengert@gmx.de](mailto:paul.wengert@gmx.de)

**Ludwig Dorner:**

**Dietram Hoffmann:**

**Norbert Zeller, MdL:**

[norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)

**Martin Gerster, MdB:**

[martin.gerster@bundestag.de](mailto:martin.gerster@bundestag.de)

**SPÖ-Express:**

[hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at)

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)

**Robin Mesarosch:**

[mesarosch@franz-lemli.de](mailto:mesarosch@franz-lemli.de)

**Heinz Paula, MdB:**

[heinz.paula@wk.bundestag.de](mailto:heinz.paula@wk.bundestag.de)

**Dr. Linus Förster, MdL, BY:**

[linus.foerster@bavarnspd-landtag.de](mailto:linus.foerster@bavarnspd-landtag.de)

**Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:**

[hilde.mattheis.ma01@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma01@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:**

[hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de)

**Jochen Jehle:**

[Jochen.Jehle@spd-online.de](mailto:Jochen.Jehle@spd-online.de)

**Leon Hahn:**

[l.m.m.hahn@gmail.com](mailto:l.m.m.hahn@gmail.com)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.  
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

## **E-Mail-Abonnement (ab)bestellen**

(Karl-Heinz König)

[roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)